

Niederschrift

über die 19. Sitzung des Sozialausschusses am 04.09.2018
(10. Wahlperiode)

Tagesordnung

	Seite
Öffentliche Sitzung	4
1 Einwohnerfragestunde	4
2 Der Verein für Behinderte e.V. Meerbusch berichtet über seine Arbeit	4
3 Schuldnerberatung - Anpassung der Vereinbarung Vorlage: FB2/0809/2018	5
4 Sachstand Forum Ehrenamt Vorlage: FB2/0241/2018/1	5
5 Aktueller Sachstand Zuwanderung Vorlage: FB2/0256/2018	5
6 Aussprache zum Sozialbericht	6
7 Übersicht über laufende Vereinbarungen mit dem Sozialamt Vorlage: FB2/0257/2018	7
8 Berufung zweier neuer Mitglieder in den Seniorenbeirat Vorlage: FB2/0830/2018	8
9 Anträge	8
10 Anfragen	8
11 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle	8
12 Termin der nächsten Sitzung: Donnerstag, 29.11.2018	9
13 Verschiedenes	9

Sitzungsort: Dr. Franz-Schütz-Platz 1, 40667 Meerbusch-Büderich, Sitzungssaal

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

Ende der Sitzung: 19:06 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Hans Günter Focken Ratsmitglied

von der CDU-Fraktion

Frau Marlis Docktor Ratsmitglied

Frau Marlies Homuth-Kenklied Ratsmitglied

Herr Bernd Parys Ratsmitglied

Frau Gabriele Pricken Ratsmitglied

Frau Linda Schleenbecker Sachkundige Bürgerin Vertretung für Frau Nicole Joliet-Heising
anwesend bis 18.55 Uhr

Herr Peter Vossen Sachkundiger Bürger

von der SPD-Fraktion

Frau Margret Abbing Ratsmitglied

Frau Heidemarie Niegeloh Ratsmitglied

von der FDP-Fraktion

Frau Barbara Büchner Sachkundige Bürgerin Vertretung für Herrn Michael Bertholdt

Frau Katja Schulz Ratsmitglied

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Joris Mocka Ratsmitglied

Herr Jürgen Peters Ratsmitglied Vertretung für Herrn Guido Fliege

von der UWG-Fraktion

Herr Josef Gather Sachkundiger Bürger

von der Fraktion DIE LINKE und Piraten

Herr Gerd Dieter Hünseler Ratsmitglied

Beratende Mitglieder

Herr Albert Güllmann Seniorenbeirat

von der Verwaltung

Herr Frank Maatz Erster Beigeordneter

Herr Peter Annacker Bereichsleiter Fachbereich 2

Frau Beatrix Dreyer Fachbereich 2

Schriftführerin

Frau Michaela Kümmel Fachbereich 2

es fehlen:

von der CDU-Fraktion

Frau Helga Hermanns
 Frau Nicole Joliet-Heising
 Herr Jörg Wartchow

Ratsmitglied
 Sachkundige Bürgerin
 Ratsmitglied

es wurde kein Vertreter entsandt

es wurde kein Vertreter entsandt

von der FDP-Fraktion

Herr Michael Bertholdt

Ratsmitglied

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Guido Fliege

Ratsmitglied

Beratende Mitglieder

Herr Dr. Lothar Chaillié
 Herr Wilfried Pahlke

Behindertenbeauftragter
 Wohlfahrtsverbände

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßt der Ausschussvorsitzende Herr Focken die anwesenden Mitglieder sowie Frau Stadermann als Vertreterin des Vereins für Behinderte e.V. Meerbusch. Er stellt die form- und fristgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Die Tagesordnung wird um den TOP „Berufung zweier neuer Mitglieder in den Seniorenbeirat“ erweitert. Die Aufnahme erfolgt einstimmig unter TOP 8 der Tagesordnung.

Öffentliche Sitzung

1 Einwohnerfragestunde

Keine Fragen

2 Der Verein für Behinderte e.V. Meerbusch berichtet über seine Arbeit

Frau Stadermann berichtet über die Arbeit und die Aktivitäten des Vereines für Behinderte e.V. Meerbusch. Die zugehörige Präsentation ist dem Protokoll als Anhang beigefügt.

Alle Fraktionen bedanken sich für den Vortrag und die durch den Verein geleistete Arbeit.

Das Ausschussmitglied Herr Mocka erkundigt sich, ob Lösungen für das früher vorhandene Raumproblem des Vereins sowie für das Problem bei der Schwimmgruppe gefunden worden seien.

Frau Stadermann führt hierzu aus, dass sich das Raumproblem durch einen Umzug in diesem Jahr gelöst habe. In Bezug auf die Schwimmgruppe erklärt sie, dass es zu Drängeleien durch die nachfolgende Gruppe gekommen sei. Dies sei jetzt aber wohl gelöst.

Ratsfrau Niegeloh ergänzt hierzu, dass sie selber in der nachfolgenden Gruppe aktives Mitglied sei und man jetzt darauf achte, nicht mehr vorzeitig ins Wasser zu gehen.

Des Weiteren möchte Frau Niegeloh wissen, wie viele behinderte Menschen die Leistungen des Vereines abrufen würden und ob damit alle Behinderten in Meerbusch erreicht werden würden.

Frau Stadermann erläutert hierzu, dass der Verein gerade im Bereich der schulischen Betreuung nicht nur Meerbuscher Menschen mit Behinderung betreue. Außerdem sei der Schwerpunkt des Vereins die Betreuung von Menschen mit geistiger Behinderung. Es gäbe zudem eine Warteliste von Menschen, die die Angebote des Vereins wahrnehmen wollten, aber es fehle an Personal, welches immer schwerer zu finden sei.

In der Folge fragt Frau Niegeloh nach der Finanzierung des Vereins und ob diese aktuell auskömmlich sei.

Frau Stadermann berichtet, dass sich die Finanzierung aus vielen verschiedenen Komponenten zusammensetze. Zum einen seien dort die gesetzlichen Leistungen, die die behinderten Menschen im Rahmen der Pflegeversicherung und/oder der Eingliederungshilfe erhielten. Ein weiterer Baustein seien Spenden, sowie diverse Zuschüsse - unter anderem vom Rhein-Kreis Neuss, der Sparkassenstiftung und der Stadt Meerbusch. Aktuell sei die Finanzierung aber sichergestellt.

Die sachkundige Bürgerin Frau Schleenbecker fragt nach, ob auch immer wieder eine Projektförderung beantragt werde.

Dies wurde von Frau Stadermann bejaht.

Abschließend bittet der Ausschussvorsitzende Herr Focken noch um Information, wer das Haus miteinander jetzt betreue.

Frau Stadermann führt hierzu aus, dass sich das Haus immer noch im Besitz des Vereins befinde, aber die Betreuung der Bewohner durch die Bethel Stiftung Hephata sichergestellt werde.

3 Schuldnerberatung - Anpassung der Vereinbarung **Vorlage: FB2/0809/2018**

Beschlussvorschlag:

Der Sozialausschuss beschließt, die Verwaltung zu beauftragen, die Vereinbarung mit dem Sozialdienst Katholischer Männer Neuss e.V. (SKM) zur Schuldnerberatung dahingehend anzupassen, dass jährlich ab dem 01.01.2019 eine 1,5%ige Steigerung des Zuschusses erfolgt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Der Erste Beigeordnete Herr Maatz erläutert kurz die Vorlage und verweist darauf, dass der Vertreter der Schuldnerberatung, Herr Simons, im November im Ausschuss die Vorstellung des jährlichen Berichtes vornehmen werde.

Ratsherr Gather vermisst in der Vorlage die Fallzahlen der Schuldnerberatung.
Der Erste Beigeordnete Herr Maatz verweist hierzu auf den Vortrag im November.

Die Abstimmung erfolgt einstimmig.

4 Sachstand Forum Ehrenamt **Vorlage: FB2/0241/2018/1**

Dieser Tagesordnungspunkt wird aufgrund der Abwesenheit von Herrn Pahlke vertagt.

Ratsherr Peters weist darauf hin, dass er dringend eine Rückabwicklung der Kürzung der Finanzierung des Zuschusses zum Forum Ehrenamt befürworte.

5 Aktueller Sachstand Zuwanderung **Vorlage: FB2/0256/2018**

Der Ausschussvorsitzende bittet vor der Vorstellung der Vorlage um Informationen zum Urteil des OVG Münster zur Aufhebung der Wohnsitzauflage für Flüchtlinge.

Der Fachbereichsleiter Herr Annacker führt hierzu aus, dass es nach den bis zu diesem Zeitpunkt bekannten Fakten so sei, dass die Regelung in ihrer jetzigen Form nicht mit dem Bundesrecht vereinbar sei. Das sähe vor, dass in jedem Fall einzeln hätte geprüft werden müssen, ob die Wohnsitzauflage für die Integration auch wirklich förderlich sei; ob der zugewiesene Wohnort also auch zu dem betroffenen Flüchtling passe. In Nordrhein-Westfalen sei diese Einzelfallprüfung aber so nicht umgesetzt worden. Allerdings sei die Urteilsbegründung noch nicht bekannt und man würde diese abwarten.

Anmerkung:

Frau Dreyer aus dem Bereich Asyl hat zwischenzeitlich mit der Bezirksregierung Arnsberg Kontakt aufgenommen und folgende Aussage erhalten:

Die Bezirksregierung will zunächst die Urteilsbegründung abwarten. Aber die Flüchtlinge, die in Landesunterkünften untergebracht sind und eine Anerkennung erhalten, erhalten weiterhin eine Wohnsitzauflage (dies hat das Gericht nicht bemängelt). Lediglich für die Flüchtlinge, die bereits einer Kommune zugewiesen wurden und einen Anerkennungsbescheid erhalten, werden die Wohnsitzauflagen ausgesetzt bis eine neue Vorgehensweise durch das Land NRW beschlossen wurde.

Im Folgenden stellt dann der Erste Beigeordnete Herr Maatz die Vorlage vor.

Ratsfrau Niegeloh bittet um Informationen, wie die Zuweisungen jetzt ablaufen würden und ob jetzt weniger Zuweisungen als geplant erfolgten bzw. mehr Zuweisungen „ad hoc“ kämen.

Der Erste Beigeordnete Herr Maatz erläutert hierzu, dass die Zuweisungen auch weiterhin geordnet nach Ankündigung erfolgten. Bisher sei es diesbezüglich nicht zu Schwierigkeiten gekommen.

Des Weiteren äußert Frau Niegeloh Bedenken gegen die Unterbringung von Familien in den Unterkünften Am Eisenbrand, da diese sehr außerhalb am Ortsrand lägen.

Der Fachbereichsleiter Herr Annacker kann diese Bedenken nicht teilen, da in der Einrichtung das zweite Brückenprojekt der Stadt untergebracht sei. Dieses niederschwellige Angebot werde sehr gut angenommen und sei eine gute und wichtige Vorbereitung auf die Kindertagesaufnahme. Außerdem liefen dort alle Angebote an die Bewohner genauso wie in den anderen Einrichtungen.

Abschließend bittet Frau Niegeloh um Mitteilung, ob etwaig aufgenommene Bootsflüchtlinge auf die Quoten für Meerbusch angerechnet werden würden.

In diesem Zusammenhang verweist das Ratsmitglied Herr Hünseler auf eine entsprechende Aufforderung seiner Partei an die Bürgermeisterin, diese Flüchtlinge aufzunehmen.

Der Fachbereichsleiter Herr Annacker weist darauf hin, dass auch diese besonderen Flüchtlinge ein geordnetes Verfahren durchlaufen müssten. Ihm sei nicht bekannt, dass es für Bootsflüchtlinge anderslautende Regelungen gäbe.

Ratsherr Peters führt an, dass seines Wissens nach die Städte Düsseldorf und Krefeld entsprechende Flüchtlinge aufnahmen.

Frau Dreyer stellt hierzu klar, dass es sich um reine Absichtserklärungen der jeweiligen Städte handle.

Ratsfrau Pricken geht davon aus, dass es sich bei solchen Ankündigungen nur um ein Signal handle, dass man bereit sei, diese Menschen aufzunehmen.

Anmerkung:

Frau Dreyer aus dem Bereich Asyl hat zwischenzeitlich mit der Bezirksregierung Arnsberg Kontakt aufgenommen und folgende Aussage erhalten:

Der Bezirksregierung Arnsberg liegt derzeit noch keine Regelung des Landes bezüglich einer gesonderten Aufnahme von Bootsflüchtlingen vor. Eine gesonderte Zuweisung dieser Flüchtlinge hat bisher nicht stattgefunden.

6 Aussprache zum Sozialbericht

Zwischen dem Ausschuss und der Verwaltung herrschen unterschiedliche Ansichten über die Gestaltung und die Zielgruppe des Jugend- und Sozialberichtes.

Mehrheitlich wird im Ausschuss die Meinung vertreten, der Bericht sei zu oberflächlich und damit erscheine er für die Arbeit der Politik nicht geeignet. Zum einen enthalte er zu wenige konkrete Zahlen und Fakten und zum anderen liefere er auch keine planerischen Perspektiven für die Zukunft. Des Weiteren sei vielen Ausschussmitgliedern auch nicht klar gewesen, in welchem Umfang die Aussprache hätte erfolgen sollen.

Der Erste Beigeordnete Herr Maatz weist darauf hin, dass dieser Bericht auch weniger für die Politik und die Ausschussmitglieder gefertigt worden sei als vielmehr für die interessierten Meerbuscher Bürgerinnen und Bürger. Die Absicht sei gewesen, ein leicht zu lesendes, bürgerfreundliches Portfolio in einfacher Sprache und ansprechender Gestaltung zu schaffen. Zudem betont Herr Maatz, dass es dem Ausschuss jederzeit frei stehe, zu einzelnen Bereichen/Themen entsprechende Vorlagen durch die Verwaltung für den Ausschuss anfertigen zu lassen. Diese würden dann selbstverständlich tiefer gehende und umfangreichere Informationen enthalten.

Es wird angeregt, sich künftig erneut mit dem Jugend- und Sozialbericht zu befassen, dann aber unter Nennung eines konkreten Teilbereiches.

7 Übersicht über laufende Vereinbarungen mit dem Sozialamt **Vorlage: FB2/0257/2018**

Ratsfrau Niegeloh moniert, dass die beigefügte Excel-Tabelle zu den Verträgen und Vereinbarungen nicht das sei, was die SPD in ihren Antrag im Rat gefordert habe. Außerdem verstehe sie die Tabellenaufteilung nicht.

Ratsfrau Pricken vermisst eine Darstellung zu den Personalkosten im Verhältnis zur Anzahl der Nutzer.

Ratsherr Peters hinterfragt die Intention der SPD-Anfrage und betont, dass er keinerlei Interesse daran habe, jeden einzelnen Vertrag und jede Vereinbarung in Gänze zu lesen. Er befürworte Nachfragen im konkreten Einzelfall, da ansonsten der Umfang der Unterlagen viel zu groß sei.

Ratsfrau Schulz fragt an, ob nicht die einzelnen Verwendungsnachweise beigefügt werden könnten.

Der Fachbereichsleiter Herr Annacker erklärt die verschiedenen Excel-Tabellen und weist darauf hin, dass die Tätigkeitsberichte als Teil der Verwendungsnachweise regelmäßig im Sozialausschuss vorgestellt würden.

Der Erste Beigeordnete ergänzt, dass es in bestimmten Bereichen durchaus Kennzahlen gäbe, aber es auch Träger und Einrichtungen gäbe, die diese aufgrund ihres Angebotes oder ihrer Struktur gar nicht liefern könnten. Es sei nicht zu vergessen, dass es sich vielfach um kleine ehrenamtliche Träger handle, die eine so umfangreiche Datenlieferung gar nicht erbringen könnten. Er regt zusätzlich an, dass die Ausschussmitglieder jederzeit auch eine Akteneinsicht vor Ort im Fachbereich vornehmen könnten.

Ratsherr Mocka gibt zu bedenken, dass es dem Ausschuss doch jederzeit möglich sei, einzelne, nicht stimmig erscheinende Sachverhalte genauer zu hinterfragen. Alles andere sei nur eine unnötige Informationsflut.

Der Ausschussvorsitzende Herr Focken verweist auf das Vorgehen im Ausschuss für Schule und Sport. Dort seien im nicht-öffentlichen Teil der Sitzung die kompletten Vereinbarungen in Gänze vorgestellt worden. Dies sei für den Ausschuss auch wegen möglicher Kündigungsfristen in den Verträgen und Vereinbarungen durchaus interessant.

Der sachkundige Bürger Herr Gather fragt an, ob die Verträge und Vereinbarungen nicht in das Ratsinformationssystem eingestellt werden könnten.

Der Erste Beigeordnete Herr Maatz verweist hier auf mögliche datenschutzrechtliche Hemmnisse. Außerdem betont er die Aufgabenteilung zwischen Rat und Verwaltung. Der Rat und seine Ausschüsse fassten die Beschlüsse und die Bürgermeisterin mit der Verwaltung setzten diese dann um.

Abschließend regt der Ausschussvorsitzende Herr Focken an, dass die Fraktionen von der Akteneinsicht Gebrauch machen sollten, wenn Informationsbedarf bestünde oder aber Anfragen im nicht-öffentlichen Teil der Sitzungen stellen könnten.

8 Berufung zweier neuer Mitglieder in den Seniorenbeirat **Vorlage: FB2/0830/2018**

Beschlussvorschlag:

Der Sozialausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Meerbusch, Frau Elisabeth Schmitz als Mitglied und Frau Karin Rodemann als ihre Stellvertreterin in den Seniorenbeirat zu berufen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Herr Güllmann berichtet, dass er beide zur Berufung anstehenden Damen bei dem Bewerbungsgespräch kennengelernt habe und beide Kandidatinnen für sehr geeignet erachte.

Ratsmitglied Herr Peters bemängelt, dass bei der Berufung nicht immer nur Personen aus der Altenpflege nominiert werden sollten, sondern vielleicht auch mal Außenstehende, die neue Ideen und Anregungen mitbrächten.

Hierzu führt Herr Annacker aus, dass es eine vorgegebene Zusammensetzung des Seniorenbeirates gäbe, die einzuhalten sei. Da die beiden ausgeschiedenen Mitglieder aus dem Bereich der Heimpflege gekommen seien, müsse eben auch die Nachbesetzung aus diesem Bereich erfolgen.

Die Abstimmung erfolgt einstimmig für die beiden Kandidatinnen.

9 Anträge

Keine

10 Anfragen

Keine

11 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle

Der Erste Beigeordnete Herr Maatz informiert den Ausschuss darüber, dass Frau Hoffmann ihr Amt als stellvertretende Behindertenbeauftragte mit Mail vom 17.07.2018 aus persönlichen Gründen niedergelegt habe. Nun habe auch Herr Dr. Chaillée die Verwaltung informiert, dass er aus gesundheitlichen Gründen sein Amt nicht mehr wahrnehmen könne und es zur Verfügung stelle. Die Verwaltung habe Kontakt zum Behindertenverein Meerbusch hergestellt, um unter den dortigen Mitgliedern etwaige Nachfolger/-innen zu suchen. Auch Vorschläge aus dem Ausschuss hierzu seien willkommen.

12 Termin der nächsten Sitzung: Donnerstag, 29.11.2018**13 Verschiedenes**

Ratsfrau Niegeloh fragt nach dem aktuellen Sachstand zum alternativen Wohnprojekt für alte Menschen mit Unterstützungsbedarf auf dem Grundstück Hochstraße 13 in Osterath an.

In Beantwortung dieser Anfrage teilt der Erste Beigeordnete Herr Maatz mit, dass es seitens des Fachbereiches Soziale Hilfen keine aktuellen Informationen zu diesem Projekt gäbe, da es sich noch in einer Planungsphase befände, in der der Fachbereich noch nicht involviert sei.

Des Weiteren weist Ratsfrau Niegeloh nach einer Information durch eine besorgte Bürgerin nochmals darauf hin, dass sie die Unterbringung von Kindern in den Gebäuden der Strümper Straße 81 bis 83 für nicht kindgerecht und adäquat halte und fragt an, ob nicht eine anderweitige Unterbringung angezeigt sei.

Der Fachbereichsleiter Herr Annacker führt hierzu aus, dass es durch die Wohnungsnothilfe immer wieder Bemühungen gäbe, diese Familien anderweitig unterzubringen. Dies würde jedoch auch von den betroffenen Familien oft nicht mitgetragen, da diese sich in der Einrichtung Strümper Straße durchaus wohl fühlten. Die vermeintlich „schlimmen Zustände“ würden von diesen Familien nicht als solche wahrgenommen. Nichtsdestotrotz sei es immer das Bestreben der Verwaltung, die Menschen aus dem Obdach in geeigneten Wohnraum zurückzuführen.

Meerbusch, den 11. September 2018

Hans Günter Focken
Ausschussvorsitzender

Michaela Kümmel
Schriftführer/in